



Möhringer Notizen

Stadtteilzeitung des SPD-Ortsvereins für Möhringen, Fasanenhof und Sonnenberg

Der neue Fasanenhof Sanierungsprojekt nimmt Gestalt an

■ Mit berechtigtem Stolz auf das Erreichte können die Fasanenhofer die Vorbereitungen zum 50-jährigen Jubiläum im Jahr 2011 angehen. Ohne den Einsatz mitdenkender BürgerInnen wäre ein solch positives Ergebnis nicht so schnell erreicht worden. Das dickste Lob gebührt den Aktiven in den Arbeitskreisen, die sich im Rahmen des Projekts "Soziale Stadt" gebildet hatten. An dieser Stelle ist auch den Mitarbeitern der Fa. Wüstenrot zu danken, die im Stadtteilbüro mit ihrem Sachverstand die verschiedensten Initiativen begleitet haben.

Gut steht er da, der neue Fasanenhof mit

- renovierten Häusern, die SWSG hat insgesamt 50 Mio. Euro investiert
- modernen Neubauwohnungen
- saniertem und erweitertem Jugendhaus
- beliebiger Ganztagschule
- schmuckem Seniorenzentrum am Solferinoweg
- einem Angebot an betreuten Wohnungen
- abgehängtem Durchgangsverkehr durch direkten Anschluß des Gewerbegebiets Fasanenhof-Ost an die B 27

- Lärm mindernde Tempo-30-Zone in der Kurt-Schumacher-Straße
- aufwendig gestalteten Eingangsportalen in Ost und West des Wohngebiets in Form von hübsch angepflanzten Kreisverkehren
- seit kurzem einem Wochenmarkt, der donnerstags frische Waren anbietet
- realer Aussicht auf einen Stadtbahnanschluss und einen nagelneuen "Europaplatz"
- einem Bürgertreffpunkt und monatlichen Programmen, wie das Erzählcafé und vieles mehr.

Die SPD wußte um den Wert des Projekts "Soziale Stadt" und hat diese Chance von Anfang an vehement unterstützt und gefördert!

Die weiterführende Arbeit obliegt nun dem Bürgerverein Fasanenhof, dem wir viele gute Hände und aktive MitarbeiterInnen wünschen, denn es gilt jetzt, das Erreichte zu bewahren und fortzuführen. In Sachen Lärmschutz sind z. B. alle Kräfte zu mobilisieren, um die wirksamen Geschwindigkeitsbegrenzungen auf der A 8 und B 27 durchzusetzen, auch wenn die CDU sich weiterhin weigert.

Kurt-Schumacher-Straße wird Tempo-30-Zone

■ Sehr viele Jahre haben wir dafür gekämpft, dass die Kurt-Schumacher-Straße zur Tempo-30-Zone wird. Das Projekt "Soziale Stadt Fasanenhof" sorgte dann für den notwendigen Rückenwind. Auch der Arbeitskreis Verkehr setzte sich sehr hartnäckig für die Geschwindigkeitsbegrenzung ein. Größte Hürde war, dass die Kurt-Schumacher-

Straße als Autobahnumleitung diene. Zweitgrößte Hürde war das Stuttgarter Ordnungsamt, das aus allen möglichen und unmöglichen Gründen nicht wollte. Mit vereinten Kräften, mit viel Arbeit im Hintergrund, ist es aber gelungen. Die Kurt-Schumacher-Str. wird Tempo-30-Zone und sie ist es vielleicht schon, wenn Sie diese Zeilen lesen.

Europaplatz

■ Nichts ist für den Fasanenhof so wichtig wie die Neubebauung des Europaplatzes. Statt dem heruntergekommenen Einkaufszentrum und dem großen hässlichen Parkplatz sollen hochwertige Wohnungen entstehen, zwei gut gestaltete neue Plätze an der Stadtbahnhaltestelle und am Europaplatz, verbunden durch einen kleinen Boulevard, und vor allem ein attraktives, funktionierendes Einkaufszentrum, samt Restaurant und Café. Die Autos kommen in Tiefgaragen.

Ein Architektenwettbewerb wurde ausgelobt, und schon vor einem Jahr hat das Preisgericht entschieden, welcher Entwurf der beste ist und gebaut werden soll. Das geplante 12-geschossige Hochhaus – das übrigens sehr schnell vom Tisch war – sorgte für Irritationen und schließlich hielt nur noch unsere Stadträtin Roswitha Blind und die **SPD-Gemeinderatsfraktion** am 1. Sieger fest. Alle anderen im Gemeinderat wollten unbedingt den zweiten Preis gebaut haben. Nach langem Hin und Her gelang es aber doch, den ganzen Gemeinderat von der deutlich höheren Qualität des Siegerentwurfs zu überzeugen, so dass dieser nun die Grundlage für das weitere Verfahren ist. Wir freuen uns sehr auf den neuen Europaplatz, auch wenn es noch etwas dauern wird, bis mit dem Bau begonnen werden kann.

Gisela Abt

Vorsitzende der SPD-Möhringen-Fasanenhof-Sonnenberg

SPD

Köpfe mit Kompetenz

Personen, Positionen und Perspektiven für Stuttgart

Liebe Stuttgarterinnen,
liebe Stuttgarter,



Andreas Reißig

Sie halten die erste Ausgabe unserer neu gestalteten Bürgerzeitung in Händen. Die SPD im Kreisverband und in den Ortsvereinen will Sie ab jetzt noch regelmäßiger und umfassender über unsere Arbeit in Stuttgart informieren. Wir freuen uns über Ihr Interesse und natürlich über Rückmeldungen, Anregungen und auch Kritik. Denn davon lebt die Politik!

Mit dem Jahr 2009 steht ein „Superwahljahr“ vor der Tür. Frühzeitig wollen wir Sie über die Positionen und über die Personen ins Bild setzen, mit denen die SPD Stuttgart in die Europa- und Kommunalwahlen und in die Bundestagswahl geht. Schließlich entscheiden Sie darüber, ob und wie Stuttgart eine der stärksten und zukunftsfähigsten Regio-

nen bleibt – in einem Europa, in dem es sozial und gerecht zugehen soll.

Mit unserer Europaabgeordneten Evelyne Gebhardt kandidiert eine der renommiertesten Expertinnen im politischen Europa für Stuttgart. Ute Kumpf, Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion, steht als erfolgreiche Interessenwahrerin der Landeshauptstadt in Berlin wieder im Stuttgarter Norden zur Verfügung. Und mit Cornelia Füllkrug-Weitzel, Direktorin der weltweiten evangelischen Hilfsorganisation „Brot für die Welt“, haben wir eine weitere verantwortungsbewusste Frau für den Süden Stuttgarts aufgestellt. Sie sehen: Die SPD in Stuttgart hat Köpfe mit Kompetenz. Das wird auch durch unsere Kandidatenliste zur Kommunalwahl, die wir jetzt im Oktober beschließen, deutlich werden. Wir haben Persönlichkeiten, die mitten im Stuttgarter Leben stehen!

Doch nicht allein die Personen, sondern unsere Positionen für die Zukunft sind entscheidend! Im Entwurf unseres Kommunalwahlprogramms finden sich klare

Antworten auf die vielfältigen Herausforderungen, vor denen Stuttgart steht: Etwa die Wahrung der wirtschaftlichen Stärke und des Wohlstands, die Sicherung unseres sozialen Miteinanders und vor allem die Versorgung unserer Stadtteile – ein Thema, das angesichts der folgeschweren Schließung von Polizeirevierern und Schwierigkeiten in der Nahversorgung immer mehr an Bedeutung gewinnt. Wir müssen verhindern, dass unsere Stadtbezirke ausbluten!

Uns ist dabei ganz wichtig: Wir wollen Sie bei der Erarbeitung unseres Kommunalwahlprogramms einbeziehen.

Zur Zeit sind wir dabei, unser Programm in den Stadtteilen zu diskutieren und mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern weiterzuentwickeln. Ich will Sie ausdrücklich dazu ermuntern, mit uns ins Gespräch zu kommen und Ihre Vorschläge vor Ort einzubringen. Denn wie gesagt: Nur davon lebt die Politik!

Herzlichst Ihr
■ **Andreas Reißig**
Stadtrat · SPD-Kreisvorsitzender

SOZIALES EUROPA

Evelyne Gebhardt: “Europa solidarisch und sozial gestalten”



Evelyne Gebhardt

Es liegt sicher an vielen Faktoren, dass Baden-Württemberg so gut dasteht – besonders liegt dies aber an Europa. Denn, wenn Europa funktioniert, profitiert auch Baden-Württemberg und natürlich auch die Region Stuttgart, mit ihren vielfältigen internationalen Beziehungen.

Doch Europa ist nicht nur ein Gebilde des Marktes und der wirtschaftlichen Prosperität. Europa ist für uns Sozialdemokraten weit mehr als ein Bündnis von Wirtschaftspartnern. Europa muss ein solidarisches Bürgerbündnis sein. Es ist an der Zeit, Europa eine starke soziale Dimension zu geben, die auch unter Globalisierungsherausforderungen Schutz und Sicherheit bietet. Dazu müssen die Wesensmerkmale des Europäischen Sozialmodells als Ausdruck gemeinsamer Werte, Orientierungen und Ziele zu einem “Markenzeichen Europa” mit sicheren Standards weiterentwickelt werden. Zu den Wesensmerkmalen des Europäischen Sozialmodells zählen die solidarisch finanzierten Sozialsysteme für die Altersabsicherung und gegen individuelle Lebensrisiken wie Krankheit und Arbeitslosigkeit ebenso, wie für jedermann zugängliche und bezahlbare Leistungen der Daseinsvorsorge, als auch eine lebendige Wirtschaftsdemokratie mit Tarifautonomie, Arbeitnehmer-Mitbestimmung und Koalitionsfreiheit für handlungsfähige Gewerkschaften. Bei der Fortentwicklung des Europäischen Sozialmodells geht es nicht um die Vereinheitlichung der nationalen Sozialsysteme. Die Unterschiede der historisch gewachsenen Systeme sind dafür viel zu groß. Einen einheitlichen europäischen Sozialstaat muss und kann es daher nicht

geben, aber einen verbindlichen sozialen Rahmen für Europa sehr wohl. Daran arbeite ich im Europäischen Parlament und im nächsten Jahr braucht es dafür bei der Europawahl eine starke sozialdemokratische Fraktion. Bei der Europawahl 2009 werden die politischen Weichen für die Umsetzung des sozialen Europas gestellt. Es ist eine Richtungswahl für mehr Demokratie und Bürgernähe und gegen zügellosen Marktliberalismus. Ein handlungsfähiges und sozial ausgerichtetes Europa ist nur mit einer sozialdemokratischen Mehrheit im Europäischen Parlament durchsetzbar. Eine starke sozialdemokratische Fraktion ist Garant dafür, dass die fortschreitende Öffnung des Binnenmarktes nicht zu einem ruinösen Abwärtstrend bei den sozialen sowie umwelt- und verbraucherrelevanten Standards verkommen kann. Jede Stimme für die SPD ist eine Stimme für sozialen Mehrwert in Europa!

geben, aber einen verbindlichen sozialen Rahmen für Europa sehr wohl. Daran arbeite ich im Europäischen Parlament und im nächsten Jahr braucht es dafür bei der Europawahl eine starke sozialdemokratische Fraktion.

Bei der Europawahl 2009 werden die politischen Weichen für die Umsetzung des sozialen Europas gestellt. Es ist eine Richtungswahl für mehr Demokratie und Bürgernähe und gegen zügellosen Marktliberalismus. Ein handlungsfähiges und sozial ausgerichtetes Europa ist nur mit einer sozialdemokratischen Mehrheit im Europäischen Parlament durchsetzbar. Eine starke sozialdemokratische Fraktion ist Garant dafür, dass die fortschreitende Öffnung des Binnenmarktes nicht zu einem ruinösen Abwärtstrend bei den sozialen sowie umwelt- und verbraucherrelevanten Standards verkommen kann. Jede Stimme für die SPD ist eine Stimme für sozialen Mehrwert in Europa!

Gute Arbeit: Teilhabe und Gerechtigkeit sichern – Zukunft verantwortlich gestalten



Ute Kumpf

Langzeitarbeitslosigkeit, Leiharbeit und die Zunahme unsicherer Arbeitsverhältnisse sind die negativen Auswüchse der Arbeitswelt. Sie tragen zur Spaltung unserer Gesellschaft bei.

Wer Vollzeit arbeitet, aber wegen zu niedrigem Lohn davon nicht leben kann, der spürt schnell, dass Gerechtigkeit dort endet, wo die menschliche Arbeitskraft nur noch aus der Shareholder-Value-Perspektive betrachtet wird.

Der allgemeine Wohlstand wächst – dennoch klappt zwischen stetig steigenden Spitzengehältern und Kapitaleinkünften und den weiter stagnierenden Löhnen eine immer größer werdende

Lücke. Es ist unsozial und ungerecht, dass derzeit 2,5 Mio. Vollzeitbeschäftigte Armutslöhne beziehen, die unterhalb der Hälfte des Durchschnittseinkommens liegen.

Gute Arbeit zu sichern ist daher das Anliegen und Ziel der SPD. Wir wollen Arbeit, die fair und leistungsgerecht bezahlt wird, die rechtlich abgesichert ist, Mitbestimmung ermöglicht, Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote beinhaltet, familienfreundlich gestaltet ist und – Arbeit, die nicht krank macht.

Gute Arbeit heißt: sozial vernünftige Mindestlöhne. Es hat mit der Würde der arbeitenden Menschen nichts mehr zu tun, wenn ca. 670.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte zusätzliches Geld über die Job-Center beziehen müssen. Es kann nicht weiterhin so sein, dass die steuerfinanzierten Sozialleistungen des Alg II von so manchem Unternehmen als Lohndumpinginstrument missbraucht werden.

Die SPD will Mindestlöhne, weil Lohndumping unsozial und ökonomisch kontraproduktiv ist, Mindestlöhne hingegen ein Gebot der ökonomischen Vernunft, der sozialen Gerechtigkeit und der würdigen Anerkennung geleisteter Arbeit darstellen.

Gute Arbeit muss gerecht entlohnt werden. Anständiger Lohn ist Ausdruck der Anerkennung guter Leistungen – aber Lohndumping schwächt und beschränkt die Kaufkraft der Menschen. Die Konjunktur muss durch eine starke Binnennachfrage gestärkt werden.

Mindestlöhne sind ein Gebot des fairen Wettbewerbs. Wir wollen Wettbewerb durch Produktivität und Qualität der Leistung und nicht durch unseriöses Lohndumping. Und schließlich – mit vernünftigen Mindestlohnregelungen können wir den Konsens in der sozialen Marktwirtschaft so wieder herstellen, dass auch die Unternehmen in einer sozialen Verantwortung für ihre Belegschaften stehen.

Gute Arbeit bedeutet einen gerechten Anteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Produktivitätswachstum durch angemessene Lohnsteigerungen. Wir wollen zusätzlich die Beteiligung der Belegschaften am Unternehmenskapital ausbauen.

Gute Arbeit heißt auch: Gleichstellung von Frauen in der Arbeitswelt und mehr Chancen für ältere Beschäftigte.

Dafür mache ich mich in Berlin stark – für Sie, für Euch, für uns alle.

Cornelia Füllkrug-Weitzel: Unsere neue Kandidatin für den Wahlkreis Stuttgart-Süd



Cornelia Füllkrug-Weitzel

Mit 85% der Delegiertenstimmen aus den Ortsvereinen Stuttgarts wurde Cornelia Füllkrug-Weitzel auf der Nominierungskonferenz zur Kandidatin für die Bundestagswahl 2009 gewählt.

Nach ihrem Abitur in Kassel studierte Cornelia Füllkrug-Weitzel Politikwissenschaften, evangelische Theologie und Erziehungswissenschaften in Tübingen und Berlin mit Abschluss als Magister. Nach einer Tätigkeit als Assistentin des bekannten Theologie-Professors Helmut Gollwitzer am Seminar für Evangelische Theologie an der Freien Universität in Berlin wurde sie 1987 zur Pfarrerin ordiniert.

Es folgten Aufgaben als Referentin für Menschenrechte im Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland/Hannover, als Frauenreferentin im Berliner Missionswerk und als Leiterin der Inlandsarbeit des Berliner Missionswerks, wo sie 1997 zur stellvertretenden Direktorin ernannt wurde.

Seit 1999 ist Cornelia Füllkrug-Weitzel Mitglied im Vorstand des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V. Stuttgart, eines Spitzenverbandes der Freien Wohlfahrtspflege, der von allen evangelischen Frei- und Landeskirchen in Deutschland getragen wird.

Zu ihrem Vorstandsbereich gehören die Betreuung der Stipendienprogramme, Menschenrechtsarbeit und die Spendenaktionen Brot für die Welt sowie die Diakonie Katastrophenhilfe und das Aktionsprogramm "Hoffnung für Osteuropa".

Für ihre Verdienste wurde sie im November 2007 vom Bundespräsidenten mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,



Manfred Kanzleiter

die Sommerpause ist vorbei. Für die Kinder hat ein neues Schuljahr begonnen und auch im Rathaus ist die Erholungspause beendet. Die SPD im Gemeinderat geht die verbleibenden

Monate des Jahres mit Schwung und Selbstbewusstsein an. Denn wir haben vieles erreicht und werden auch die begonnenen Vorhaben erfolgreich beenden.

Bei den Etatberatungen haben wir wichtige Weichen gestellt. Erinnert sei an das 60-Millionen Sonderprogramm zur Sanierung unserer Schulen und an das Programm zum Ausbau der Kindertagesbetreuung. Wir meinen: Jedes Kind muss in seiner Nähe einen Betreuungsplatz finden.

Es ist uns gelungen, das skandalöse Problem der Kinderarmut auf die Tagesordnung des Gemeinderats zu setzen. Immerhin sind in Stuttgart ca. 13 000 Kinder davon betroffen. Erste Maßnahmen wurden auf unser Drängen beschlossen: Seit Beginn des Schuljahres beträgt der Preis für das Mittagessen in den Kindertagesstätten und in den Ganztageschulen für

alle bedürftigen Kinder nur noch einen Euro. Im Herbst wird der Gemeinderat über weitere Maßnahmen entscheiden. Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch.

Die SPD kümmert sich seit jeher um die Entwicklung unserer Stadtbezirke. Hier wohnen die meisten Menschen, hier fühlen sie sich zuhause. Selbstbewusste Bezirksbeiräte sind Garanten für die Bürgernähe der Kommunalpolitik. Ihre Wirkungsmöglichkeiten wollen wir erweitern. In den nächsten Wochen werden auf Initiative der SPD-Fraktion die Budgets der Stadtbezirke zur Förderung bürgerschaftlicher Aktivitäten um 150.000 € erhöht. Zahlreiche Vereine und Organisationen werden davon profitieren.

Zu den ganz großen politischen Fragen, gehört das Projekt Stuttgart 21. Die SPD setzt auf die Verlagerung von möglichst viel Verkehr von der Straße auf die Schiene. S21 eröffnet dafür große weitere Potenziale, die wir für eine umweltfreundliche Verkehrsentwicklung nutzen wollen. Deshalb hoffen wir, dass Bund, Land und Bahn schon in den nächsten Wochen die letzte Finanzierungsvereinbarung unter Dach und Fach bekommen. Die Verunsicherung der Bevölkerung durch die Gegner des Projekts muss endlich beendet werden. Hier ist die Bahn gefordert. Nicht zuletzt hat die Zurückwei-

sung des angestrebten Bürgerentscheids durch das Regierungspräsidium nochmals deutlich gemacht, dass nicht die Stadt sondern die Bahn der hauptsächlich verantwortliche Bauherr ist.

London, Paris, aber auch zahlreiche Städte in Deutschland sind dabei, ihre privatisierte Wasserversorgung wieder in kommunale Hände zu nehmen. Deshalb muss diese Frage auch bei uns in neuem Licht betrachtet werden. Welche Vorschläge die Stuttgarter SPD dazu machen wird, ist von der Gemeinderatsfraktion und den Gremien der Partei im Herbst zu entscheiden. Soviel ist heute schon klar: Öffentliche Daseinsvorsorge muss von den Gemeinden vor Ort gewährleistet und wo sinnvoll auch bereitgestellt werden. Insbesondere die Versorgung mit Wasser darf nicht globalen Finanzinvestoren überlassen werden. In der Mitte der neuen Wahlperiode des Gemeinderats, 2013, werden die Leitungskonzessionen durch die Stadt neu vergeben. Daraus ergeben sich Handlungsspielräume, die es zu nutzen gilt. Von allen Parteien kann erwartet werden, dass sie dazu klare Positionen beziehen.

Mit freundlichen Grüßen

■ **Manfred Kanzleiter**
Fraktionsvorsitzender

Kinderfreundlicher Verkehr

Weit ist der Weg zur kinderfreundlichen Stadt

■ Wer mit Kindern durch die Stadt geht, wer sich die Stadt mit den Augen von Kindern ansieht, der erlebt es auf Schritt und Tritt: Stuttgart ist immer noch nicht die kinderfreundliche Stadt, die es sein möchte. Höchste Zeit, dass umgedacht wird. Dies wollen wir mit einer neuen politischen Initiative, gemeinsam mit den Bezirksbeiräten beschleunigen.

Allmählich erobern die Autos sich auch die Gehwege. „Irgendwo müssen sie ja parken und Kinder sind schmal und können sich doch an Autos vorbeidrücken“, heißt es oft. Ein Hohn auf die kinderfreundliche Stadt. Deshalb fordern wir: **Stopp dem Gehwegparken.**

Stuttgart braucht viel mehr Spielstraßen. Kinder brauchen Orte für Spiel und Bewegung, für Kommunikation und Begegnung „direkt vor der Haustür“. In vielen Sackgassen und kleinen Sträßchen könnten Kinder problemlos spielen, wenn die wenigen Autos dort nur vorsichtig und



Kindgerechte Stadt – Stuttgart soll Vorbild werden

langsam genug fahren würden. Deshalb haben wir ein Programm „100 Spielstraßen für ein kinderfreundliches Stuttgart“ beantragt.

Für Kinder ist jede Straße eine gefährliche Hürde. Vor nichts haben Eltern so sehr Angst, als dass ihre Kinder im Verkehr verunglücken. Und deshalb tritt das „Mama-Taxi“ mehrfach täglich in Aktion. Kinder wurden Jahr für Jahr in steigendem Maße von Erwachsenen begleitet. Unser Maßstab für ein kinderfreundliches Stuttgart lautet aber: Kinderwege müssen so sicher sein, dass Eltern sich trauen, ihre Kinder allein gehen zu lassen. Trotz aller Autos.

■ **Dr. Roswitha Blind**



Herausgeber (V.i.S.d.P.) SPD-Kreisverband Stuttgart

Werastraße 10 · 70182 Stuttgart · Telefon: 07 11 - 237 19 91-0

Verantwortlich Seiten 2-4: Andreas Reißig · Kreisvorsitzender

Verantwortlich Titelseite: Gisela Abt · SPD OV-Vorsitzende Möhringen · Fasanenhof · Sonnenberg
Sigmaringer Straße 10/2 · 70567 Stuttgart · Telefon: 07 11-71 72 48